

chemie report

11/2019 ► **3 Editorial** Unternehmensbesteuerung: Positive Impulse für Wachstum und Beschäftigung ► **4 Brexit** Noch immer keine Klarheit ► **5 Steuerliche Forschungsförderung** Endlich am Ziel ► **7 Klimaschutz** Bundestag beschließt nationalen Emissionshandel ► **10 Interview** Was die Kundenbranchen von der Chemieindustrie erwarten ► **13 Gentechnikrecht** Wirtschaft fordert Modernisierung ► **16 Messe „K 2019“** Die richtigen Themen zur richtigen Zeit ► **17 Responsible-Care-Wettbewerb 2020** Gefragt ist der nachhaltige Umgang mit Wasser

VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE e.V.
WIR GESTALTEN ZUKUNFT.



Wettbewerbsfähige Unternehmensteuern

Schnelles Handeln der Bundesregierung gefragt

Selten war die finanzielle Ausgangslage für Deutschland so gut wie heute. Die Steuereinnahmen sprudeln, und seit der jüngsten Finanzkrise verkündet der Finanzminister Jahr um Jahr einen neuen Einnahmenrekord. Seit 2009 ist das Steueraufkommen so um rund 50 Prozent auf knapp 800 Milliarden Euro pro Jahr gestiegen. Die Kehrseite: Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Hochsteuerland zurückentwickelt und schiebt seit geraumer Zeit notwendige Reformen auf. Daher sollte die Bundesregierung jetzt handeln und das Unternehmensteuerrecht modernisieren.

Vor zehn Jahren hatte sich Deutschland mit der letzten Unternehmensteuerreform vom Hochsteuerland zu einem wettbewerbsfähigen Standort weiterentwickelt. Die damalige Bundesregierung hatte aus steuerpolitischer Perspektive ihre Hausaufgaben gemacht und damit im Dialog mit der Wirtschaft die Grundlage für die positiven Effekte geschaffen. Die Unternehmen haben das steuerpolitische Angebot angenommen: Allein die chemisch-pharmazeutische Industrie investiert hier jedes Jahr über 7 Milliarden Euro. Darüber hinaus belegt der Anteil der in Deutschland gezahlten globalen Ertragsteuern der Branche die enge Verwurzelung ►



Die Steuerschätzung für Bund, Länder und Gemeinden ist Ende Oktober etwas niedriger ausgefallen als noch im Mai. Dennoch sollen die staatlichen Einnahmen in diesem Jahr auf 796,4 Milliarden Euro steigen.

mit dem hiesigen Standort. Der Steuerbeitrag ist rund dreimal so hoch wie der inländische Anteil am weltweiten Umsatz. Ähnlich positiv sieht es auch bei der Beschäftigtenzahl aus. Zwar werden weniger als 20 Prozent des Umsatzes in Deutschland erzielt, aber mehr als 40 Prozent der weltweiten Belegschaften sind hier beschäftigt. Im Ergebnis zeigen die Fakten, dass sich ein modernes und ausgewogenes Steuerrecht für den Standort auszahlt!

Dessen ungeachtet trüben die konjunkturellen Entwicklungen und die schleichend negativen steuerpolitischen Entwicklungen das perspektivische Gesamtbild. Die Warnsignale der Forschungsinstitute sind nicht mehr zu überhören. Das steuer- und wirtschaftspolitische Fundament hat durch zahlreiche kleinteilige Belastungsentscheidungen Risse bekommen.

REFORMSTAU AUFLÖSEN

Eine Modernisierung des deutschen Unternehmenssteuerrechts ist aus standortpolitischen Gründen dringender denn je, um wieder zu den anderen Industriestaaten aufschließen zu können. Die USA haben es 2018 vorgemacht. In Deutschland sollte jedoch nicht nur die Steuerbelastung auf ein wettbewerbsfähiges Niveau gesenkt werden. Es gilt auch, moderne Struktur-reformen auf den Weg zu bringen. Dazu gehört, dass Auslandsaktivitäten gegenüber vergleichbaren Inlandstätigkeiten der Unternehmen nicht höher besteuert werden dürfen. Außerdem muss das Steuerverfahren digitalisiert werden. Ebenso erforderlich ist, dass die Betriebsprüfungen zeitnäher und effizienter erfolgen. Ziel solcher Maßnahmen ist es, die Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu verbessern und so auch ein nachhaltiges Aufkommen zu sichern.

Es ist erforderlich, dass das Steuerrecht für Unternehmen wieder planbar wird. Die Bundesregierung muss außerdem neuen Belastungen eine Absage erteilen. Insbesondere überbordende Regelungen zur steuerlichen Gestaltungs- und Missbrauchsvermeidung waren es, die aufgrund unscharfer Regelungen und breiter Kollateralschäden zu ungerechtfertigten und standortschädlichen Mehrbelastungen geführt haben.

Ein solches Beispiel ist der jüngste Vorstoß zur Eindämmung von sogenannten „Share Deals“. Ziel ist es hier, Steuersparmodelle von Immobilienspekulanten zu verhindern. Doch die Entwürfe erfassen vor allem auch Fälle aus dem Industriealltag, die kein Missbrauch sind.

Damit Deutschland wieder international Schritt halten kann, bedarf es einer maßvolleren Steuerbelastung für die Unternehmen. Es gilt, ein steuerliches Umfeld zu schaffen, das Innovationen und Investitionen in Deutschland fördert. Mit der steuerlichen Forschungsförderung ist ein erster positiver Schritt getan. Sie ist ein gutes Beispiel, wie die Reformlethargie durchbrochen werden kann. Der VCI bietet der Bundesregierung weiterhin einen intensiven Dialog an, um gemeinsam zu praxisnahen Lösungen zu kommen.

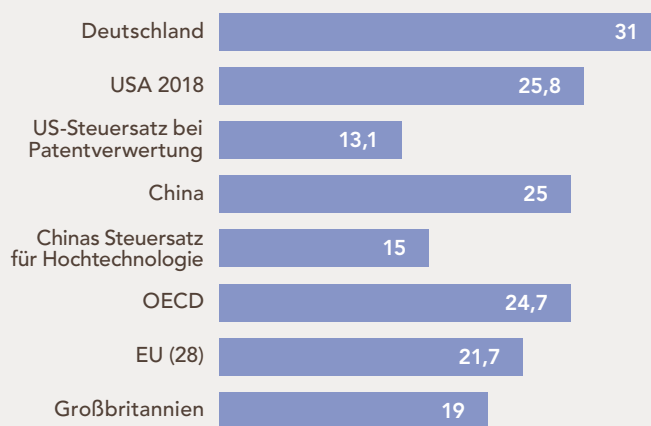
Berthold Welling (welling@vci.de), tk



Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hat Ende Oktober das Ergebnis der Herbst-Steuerschätzung verkündet. Demnach können Bund, Länder und Gemeinden trotz Konjunkturabkühlung mit steigenden Einnahmen rechnen.

INTERNATIONALER STEUERWETTBEWERB SPITZT SICH ZU

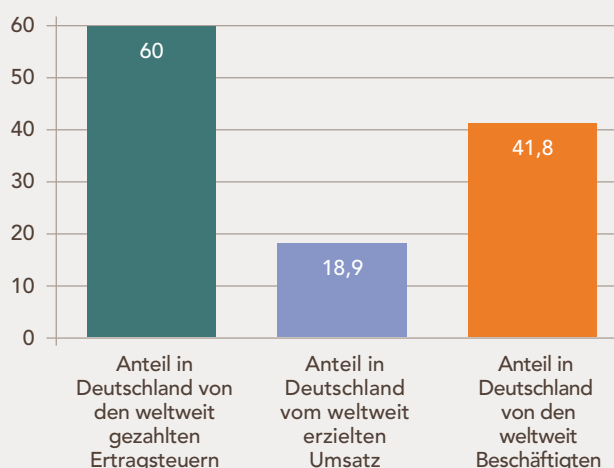
Unternehmensbesteuerung in Prozent der Bemessungsgrundlage



Rückschritt: Durch die weltweite Senkung der Steuersätze und eine schleichende Steuererhöhung ist Deutschland in den letzten Jahren zum Hochsteuerland geworden. Quellen: Eurostat, OECD

DEUTSCHLAND PROFITIERT VON CHEMIE UND PHARMA

Steueranteil von großen Chemie- und Pharmaunternehmen im Vergleich zum Umsatzanteil in Prozent



Großer Steuerbeitrag: DAX- und MDAX-Unternehmen sowie große Familienunternehmen der Branche erwirtschaften rund 19 Prozent ihres Umsatzes in Deutschland, zahlen hier aber 60 Prozent ihrer gesamten Unternehmensteuer. Quelle: VCI

STANDPUNKT

Unternehmensbesteuerung: Positive Impulse für Wachstum und Beschäftigung

Steuern sind die wichtigste Einnahmequelle des Staates, mit der alle staatlichen Aufgaben für die Bürger finanziert werden. Die Unternehmen leisten hierzu einen wesentlichen Beitrag. So zahlen die Industrieunternehmen in diesem Jahr allein auf ihre Erträge über 150 Milliarden Euro Steuern in die Staatskasse ein. Dazu kommen die weiteren positiven Steuereffekte wie Lohn- und Umsatz- oder Energiesteuern sowie sonstige Steuern. Damit tragen die Unternehmen bereits über ein Drittel des gesamten Ertragsteueraufkommens in Deutschland und leisten so einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt des Gemeinwohls. Davon profitieren alle Bürgerinnen und Bürger.

Eine wesentliche Voraussetzung für diese positive Entwicklung war die Unternehmenssteuerreform im Jahr 2008. Sie verbesserte die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, weil sie zu einem ausgewogenen internationalen Belastungsniveau führte. Das wirkte sich positiv auf Investitionen und damit auch auf das Steueraufkommen aus. Doch heute, nach mehr als einem Jahrzehnt, wirkt die Reform der Unternehmensbesteuerung aufgrund gegenläufiger Entwicklungen nicht mehr.

Zum einen steht der Chemie- und Pharmastandort Deutschland durch weitere Steuersenkungen in Übersee und vielen europäischen Ländern unter erheblichem Wettbewerbsdruck. Zum anderen hat sich Deutschland durch eine schleichende Steuererhöhung wieder zu einem Hochsteuerland entwickelt. Hier besteht dringender Hand-

lungsbedarf. Die im internationalen Vergleich höheren Steuerbelastungen für deutsche Unternehmen bewirken das Gegenteil von dem, was finanzpolitisch wünschenswert wäre. Auch der Sachverständigenrat hinterfragt in seinem aktuellen Jahresgutachten, ob wir uns langfristig die höchsten Steuersätze für die Unternehmen und nicht mehr zeitgemäße Steuerstrukturen leisten können. Darüber hinaus stellt sich auch die grundsätzliche Frage, warum Unternehmensgewinne in Deutschland insgesamt höher besteuert werden als alle anderen Einkünfte.

In Zukunft wird dieser steuerpolitische Standortnachteil zu einem Rückgang des Steueraufkommens in Deutschland führen. Daher dürfen Reformen für ein international wettbewerbsfähiges Steuerniveau nicht

mehr auf die lange Bank geschoben werden. Hier gilt: Weniger Steuerlast der Unternehmen bringt über die positiven Auswirkungen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung letztlich mehr für alle: Mehr Investitionen, mehr Beschäftigung, mehr Innovationen und damit ein insgesamt höheres Steueraufkommen.

In Anbetracht der großen Herausforderungen für Deutschland wie Klimaschutz, Energie- und Verkehrswende, Digitalisierung oder Infrastruktur brauchen wir deutlich mehr Investitionen. Hierfür sollten jetzt gemeinsam von Politik und Wirtschaft die Voraussetzungen geschaffen werden. Ein wichtiger Schritt dafür ist ein international wettbewerbsfähiges sowie investitions- und innovationsfreundliches Steuerrecht.



Hans Van Bylen,
Präsident des Verbandes der
Chemischen Industrie (VCI)

Wussten Sie schon?

3.250 ...

... offene Doppelbesteuerungsverfahren beschäftigen Deutschland aktuell. Das ist so viel wie in keinem anderen OECD-Staat. Hier besteht dringender Handlungsbedarf für die Bundesregierung.

Ein Doppelbesteuerungsabkommen zwischen zwei Staaten regelt die Besteuerung grenzüberschreitender Einkünfte. Wenn ein Staat einseitig Maßnahmen ergreift, die zu einer Doppelbesteuerung führen, kann das betroffene Unternehmen ein Verständigungsverfahren beantragen. Dafür ist in Deutschland das Bundeszentralamt für Steuern zuständig. Liegen alle Voraussetzungen vor, versuchen die betroffenen Staaten, den Besteuerungskonflikt durch eine Verständigung zu lösen. ■



Brexit-Unsicherheit dauert an**Noch immer keine Klarheit**

Der Brexit wurde verschoben – wieder einmal. Der EU-Austritt Großbritanniens soll jetzt spätestens am 31. Januar 2020 stattfinden. Aber noch immer ist unklar, wie es mit dem Brexit, und damit auch mit den zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, weitergeht. Hier ein Überblick zum aktuellen Stand.

Knackpunkt ist noch immer die fehlende Entscheidung im Vereinigten Königreich, welche Art von Brexit die britische Politik will. Nächster Schritt im innerbritischen Ringen um eine Brexit-Lösung sind Neuwahlen am 12. Dezember 2019. Premierminister Johnson hofft dabei auf eine Mehrheit, um das mit der EU leicht verändert ausgehandelte Austrittsabkommen umzusetzen und Großbritannien schnellstmöglich aus der EU zu führen. Ob das gelingt, ist offen. Neu geklärt wurde im Abkommen die Frage, wie die Grenze zwischen dem EU-Staat Irland und dem britischen Nordirland auch nach dem Brexit offen bleiben kann. Zudem vereinbarte Johnson mit Brüssel in einer politischen Erklärung, dass es auf längere Sicht nur eine lose Bindung seines Landes an die EU geben soll.

Die EU hatte vorher einer Brexit-Fristverlängerung um bis zu drei Monate zugestimmt. Das hatten die britischen Oppositionsparteien zur Bedingung für Neuwahlen gemacht. Sollten das britische und das europäische Parlament das Austrittsabkommen ratifizieren, ist auch ein früherer Austrittstermin möglich. Die EU hat weitere Verhandlungen über ein Austrittsabkommen ausgeschlossen. Zudem muss das Vereinigte Königreich nun einen Kommissar für die kommende Europäische Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen nominieren.

HARTER BREXIT NICHT VOM TISCH

Die derzeitige Situation verlängert auch die Unsicherheit für Unternehmen. Das erneuerte Austrittsabkommen muss noch ratifiziert werden und selbst dann ist die Gefahr eines unregulierten



Die EU und das Vereinigte Königreich haben sich Mitte Oktober auf eine veränderte Fassung des Austrittsabkommens zum Brexit geeinigt. EU-Kommissionspräsident Juncker und der britische Premierminister Johnson erläuterten die Ergebnisse vor der Presse in Brüssel.

Brexits nicht endgültig gebannt. Am Ende der Übergangsphase wäre ein unregulierter Brexit weiterhin möglich, wenn es bis dahin kein Abkommen über die zukünftigen Beziehungen gibt. Daher betont Pierre Gröning, Leiter des VCI-Europabüros in Brüssel und im VCI thematisch für den Brexit zuständig: „Die Unternehmen müssen sich leider weiterhin auf alle möglichen Szenarien einstellen. Die erneute Aufschiebung der Frist war zwar richtig, da ein unregulierter Brexit ein schwerer Schlag wäre. Dennoch ist ein unregulierter Brexit noch immer eine reale Möglichkeit.“ Gröning verbindet daher mit der Wahl im Vereinigten Königreich die Hoffnung, dass es ein klares politisches Mandat gibt. Dann könne eine auf Dauer angelegte Entscheidung herbeigeführt werden.

BRANCHE STARK VON BREXIT BETROFFEN

Das Vereinigte Königreich ist der achtgrößte Handelspartner und einer der wichtigsten Märkte in der EU für die

deutsche chemisch-pharmazeutische Industrie. Die Verflechtung ist sehr groß, nimmt seit 2015 aber ab. Exporte und Direktinvestitionen sind rückläufig, die Bedeutung als Produktionsstandort nimmt ab. Dagegen steigerte Großbritannien seine Direktinvestitionsbestände in der deutschen Chemie – vielleicht als Vorbereitung, falls der Zugang zum EU-Binnenmarkt in Zukunft schwieriger werden sollte. *udj*

Service:

Das britische Umweltministerium hat eine Hilfestellung herausgegeben, was im Falle eines unregulierten Brexits bezüglich der Chemikalienregulierung REACH im Vereinigten Königreich zu beachten ist. Download unter: <http://bit.ly/UKandREACH>

Steuerliche Forschungsförderung kommt 2020

Endlich am Ziel

Was lange währt, wird endlich gut. Das gilt auch für die steuerliche Forschungsförderung: Nach über drei Jahrzehnten Diskussion hat der Bundestag Anfang November das Gesetz zur Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung verabschiedet. Damit ist endlich ein Anfang gemacht, auch wenn der VCI noch Nachbesserungsbedarf sieht.

Mehr als dreißig Jahre haben Politiker, Wissenschaftler und Verbandsvertreter in Deutschland über die Vor- und Nachteile einer steuerlichen Forschungsförderung debattiert. In dieser Zeit haben andere Länder nicht gezauert und auf eine solche Form der Förderung gesetzt: Mittlerweile stärken die Mehrheit der OECD-Länder und 20 von 28 EU-Staaten mit steuerlicher Forschungsförderung die Innovationskraft ihrer heimischen Wirtschaft. Die deutsche Politik dagegen war mehr als zögerlich und hat damit den Innovationsstandort Deutschland international geschwächt. Mit dem jetzt in dritter Lesung verabschiedeten Forschungszulagengesetz, das Anfang 2020 in Kraft tritt, kann dieser Wettbewerbsnachteil endlich beseitigt werden. Das ist umso wichtiger, da der internationale Wettbe-

werbsdruck enorm steigt. Die Gewichte verlagern sich vor allem zugunsten asiatischer Staaten, die mit deutlichen Steuervorteilen werben. Sie haben den Wert von Innovationen erkannt und fördern diese intensiv. Gerade China gibt hohe Summen für Forschung aus. Die Volksrepublik hat es so geschafft, innerhalb von nur 17 Jahren nach den USA die Nummer 2 der internationalen FuE-Standorte in der Chemie zu werden.

VCI-Hauptgeschäftsführer Wolfgang Große Entrup bezeichnet das jetzt verabschiedete Gesetz als „einen nachhaltigen Impuls für den Standort Deutschland, denn Forschungsförderung ist eine Investition in die Zukunft. Davon kann es nicht genug geben. Vor allem, wenn man das deutsche Volumen mit anderen Ländern vergleicht. Dann ist hier noch Luft nach oben.“

FÖRDERUNG FÜR ALLE UNTERNEHMEN

Für die chemische Industrie ist besonders wichtig, dass bei der Förderung von Forschungsaufträgen der Auftraggeber die Forschungszulage erhält. Er trägt auch das unternehmerische Risiko. Große Entrup betont: „Das wird vor allem kleine und mittelständische Unternehmen stimulieren, mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren.

Für sie hat die Auftragsforschung eine große Bedeutung, weil KMU oft keine eigene Forschung betreiben.“

Notwendig ist jetzt, dass die steuerliche Forschungsförderung praxisnah und unbürokratisch umgesetzt wird. Hierbei sieht Große Entrup zwei große Herausforderungen: „Die steuerliche Forschungszulage muss einfach und rechtssicher für die Unternehmen ausgestaltet werden.“ *mvz*

Forschungszulagengesetz – das Wichtigste im Überblick:

- Unternehmen jeder Größe sind förderfähig, das Volumen ist aber auf 500.000 Euro pro Jahr begrenzt.
- Gefördert werden die Kosten für FuE-Personal im eigenen Unternehmen.
- Die Auftragsforschung kann auch gefördert werden. Anspruchsberechtigt ist der Auftraggeber, also das Unternehmen, das für die externen FuE-Aktivitäten das Risiko und die Kosten trägt.
- Nach fünf Jahren soll die steuerliche Forschungsförderung evaluiert werden.

Ab dem kommenden Jahr gibt es auch in Deutschland eine steuerliche Forschungsförderung. Das wird den hiesigen Innovationsstandort stärken.

Symposium zu den Chancen und Herausforderungen der Energiewende

Zum Erfolg verdammt

Der Umstieg von fossilen auf saubere Energiequellen ist vor dem Hintergrund des Klimawandels notwendig. Darauf konnten sich die vier Redner Ende Oktober auf einer Veranstaltung der Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh), der DECHEMA und des VCI zum Thema Energiewende einigen. Bei den Details gingen die Ansichten aber auseinander.

Einleitend skizzierte Manfred Fischeidick vom Wuppertal Institut die Herausforderung. Die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen sei nur möglich, wenn die Welt möglichst bald auf fossile Energien verzichte: „Je länger wir warten, desto schneller muss später reduziert werden.“ Deutschland sei in der Pflicht, die Emissionen früher als andere Weltregionen zu mindern. Allerdings reichten die von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen im Klimapaket nicht aus. Fischeidick kritisierte: „Wir müssen den Zeitraum bis 2030 nutzen, um Maßnahmen wie die Wasserstoffwirtschaft für die Zeit danach vorzubereiten. Wir haben durch die Unterstützung der Gesellschaft momentan eine historische Chance dazu.“

Optimistisch beschrieb Ferdi Schüth vom Max-Planck-Institut für Kohlenfor-

schung die Lage. Ihm zufolge müssen für die Energiewende keine neuen Technologien mehr erfunden werden. Das Potenzial der Photovoltaik könne man etwa daran erkennen, dass schon ein Teil der sonnenreichen Saharawüste ausreichen würde, um den Energiebedarf der Weltbevölkerung zu decken. „Jeder Mensch bräuchte nur 100 Quadratmeter Sahara“, sagte Schüth. Dass Wind und Sonne nur unregelmäßig Strom liefern, sah er als lösbares Problem. Teil der Lösung seien Energiespeicher, wozu neben den Batterien auch Superkondensatoren zählen. Mit denen könnten Busse immer genug Strom bis zur nächsten Haltestelle tanken.

DAS „GRÜNE PARADOXON“

Wasser in den Wein kippte der bekannte Volkswirt Hans-Werner Sinn. Deutschland könne nicht gleichzeitig aus Kern- und Kohlekraft aussteigen und nur auf erneuerbare Energien setzen. Mangels Stromspeicher seien konventionelle Kraftwerke weiter nötig, um eine „Dunkelflaute“ zu überbrücken. Zudem bestritt Sinn die Wirkung der Energiewende für den Klimaschutz: Der EU-Emissionshandel führe dazu, dass CO₂, das Deutschland einspart, in anderen EU-Ländern wieder ausgestoßen

werden könne. Das liege am „grünen Paradoxon“: Begrenze eine Weltregion den Einsatz fossiler Ressourcen, sinke zwar die weltweite Nachfrage, gleichzeitig steige aber auch das Angebot. Das werde von anderen Ländern dankbar angenommen. „Wenn Putin und Co. ihre Ressourcen aus dem Boden holen wollen, können wir sie nicht daran hindern“, schlussfolgerte Sinn.

Am Schluss kam die Chemie zu Wort. Der BASF-Experte für neue Technologien, Jörg Unger, attestierte, dass für BASF die Minderung von Treibhausgasen zentral sei. Die chemische Industrie sei für den Klimaschutz „kein Auslaufmodell, sondern ein Transformationsmotor“. Unger stellte mehrere Forschungsprojekte für eine emissionsarme Produktion von Basischemikalien vor. Auf dem Weg dahin gebe es allerdings ein Dilemma: „Für die Umstellung der Prozesse der Chemie ist ausreichend Wirtschaftskraft nötig. Dazu brauchen wir das heutige Geschäft, sonst gibt es keine Mittel für morgen.“ Auch Unger plädierte für Technologieoffenheit, denn heute wisse niemand, welche Lösungen sich am Ende durchsetzen werden. [sk](#)



Energiewende aus der Sahara? Bundesforschungsministerin Karliczek brachte kürzlich eine zukünftige Wasserstoffproduktion in Afrika ins Spiel. Auch Forscher meinen: Strom aus der Wüste könnte zur Lösung des weltweiten Energiebedarfs beitragen.

Bessere Rechtsetzung

Verbändeanhörung verkommt zur Farce

Mit der sogenannten „Verbändeanhörung“ sollen betroffene Branchen frühzeitig in einen Gesetzgebungsprozess eingebunden werden. Dies wird durch extrem kurze Fristen von teilweise weniger als einem Tag zunehmend unmöglich. Verbände und Gewerkschaften haben das nun in einem gemeinsamen Brief an die Bundesregierung kritisiert.

Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, war eine von der Bundesregierung im Rahmen der Verbändeanhörung angeforderte Stellungnahme Mitte Oktober 2019. Dabei ging es um den Entwurf für das Gesetz über ein nationales Emissionshandelssystem, das ein wichtiger Teil des Klimaschutzprogramms

der Regierung ist (siehe Artikel unten). Die Position der Verbände wurde an einem Wochenende angefordert – mit einer Rückmeldefrist bis zum folgenden Montag um 18 Uhr.

Ähnliche Fälle häufen sich. Aus Sicht der Verbände entsteht damit zum Teil der Eindruck, dass die Anhörungen nur pro forma durchgeführt werden. Länder- und Verbändeanhörungen seien aber ein fester Bestandteil des demokratischen Prozesses im politischen System in Deutschland. Den offenen Brief haben etwa der BDI, der Energieverband BDEW, der DIHK, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der VCI unterzeichnet.

Verbändeanhörungen leisten einen wichtigen Beitrag zu einer guten Gesetzgebung. Sie helfen, unnötige Bürokratie



Bundeskanzleramt in Berlin: Die Bundesregierung führt Verbändeanhörungen bei der Planung neuer Gesetze durch.

zu vermeiden. Mit ihrer Stellungnahme können Verbände auf Folgen und Kosten einer Gesetzgebung hinweisen. Dazu sind jedoch ausreichend lange Fristen nötig, die es den Verbänden ermöglichen, entsprechende Zahlen und Fakten bei ihren Mitgliedern zu erheben.

Michael Henning (henning@berlin.vci.de)

Wettbewerbsfähigkeit beim CO₂-Preis wahren

Deutschland führt nationalen Emissionshandel ein

Mitte November hat der Deutsche Bundestag neben dem Klimaschutzgesetz auch ein Brennstoffemissionshandelsgesetz beschlossen. Die neue Regelung gestaltet die nationale CO₂-Bepreisung aus und gilt für Sektoren, die nicht dem Emissionshandel unterliegen. Eine solche Regelung hatte die Bundesregierung in ihrem Klimaschutzprogramm 2030 angekündigt. Aus Chemie-Sicht geht es jetzt darum, Mehrkosten für die Branche abzuwenden.

Mit dem neuen Gesetz werden die Emissionen aus der Nutzung fossiler Brenn- und Kraftstoffe wie Heizöl, Flüssiggas, Erdgas, Kohle, Benzin und Diesel erfasst. Das System sieht einen Festpreis vor, der 2021 10 Euro pro Tonne CO₂ und 2025 35 Euro beträgt. De facto handelt es sich hierbei aber um eine Steuer. Erst ab 2026 soll ein wirklicher nationaler Handel mit Zertifikaten einsetzen, allerdings mit Mindest- und Höchstpreis (35 Euro/60 Euro). Ab 2027 soll dieser Preiskorridor gegebenenfalls abgeschafft werden. Die Verfassungsmäßig-

keit dieses Systems wird angesichts des steuerlichen Charakters der Bepreisung bezweifelt.

MEHR KLIMASCHUTZ ALS ZIEL

Durch den neuen CO₂-Preis sollen vor allem Energieverbraucher angehalten werden, im Gebäude- und Verkehrsbereich in klimafreundliche Technologien zu investieren. Der Preis fällt aber zunächst bei den Unternehmen an, die Brennstoffe in Verkehr bringen, also etwa Raffinerien. Diese müssen ab 2021 nationale Zertifikate kaufen und geben die Kosten an ihre Kunden weiter. Ziel des neuen Gesetzes ist, dass alle Sek-



Für den Verkehr und andere Sektoren ist der neue CO₂-Preis eingeführt worden.

toren einen Beitrag zu den deutschen Klimazielen leisten. Daher erfasst es auch die Industrieanlagen, die bisher aufgrund ihrer geringeren Größe nicht dem EU-Emissionshandel unterliegen. Aus VCI-Sicht ist das gefährlich, denn diese Anlagen stehen im internationalen und europäischen Wettbewerb und würden Nachteile erleiden. Der VCI schlägt daher vor, diese Anlagen von dem nationalen CO₂-Preis zu entlasten. Kleinere Anlagen sollen eine finanzielle Kompensation erhalten. Daneben dürfen Unternehmen, die schon vom EU-Emissionshandel geregelt sind, keine Doppelbelastung erfahren. Dies soll laut Gesetz vermieden werden, die Ausgestaltung bleibt aber vage. Aus Sicht des VCI muss die Bundesregierung bis zum Einsetzen des Emissionshandels ein wirksames Instrument entwickeln.

Die Regierung hatte es mit dem Brennstoffemissionshandelsgesetz eilig. Das Kabinett verabschiedete ihren Entwurf Ende Oktober. Mitte November passierte das Gesetz dann schon den Deutschen Bundestag.

Jenna Schulte (schulte@berlin.vci.de)

Beiträge der Chemielogistik zum Klimaschutz

Von A wie Antriebe bis Z wie zentrale Lagerung



Die Umstellung von Lkw auf die Eisenbahn bei Transporten reduziert Emissionen.

Klimaschutz beschäftigt uns alle. Auch in der Logistik der Chemieunternehmen wird regelmäßig geprüft, was sie zur Senkung der Emissionen beitragen kann. Möglichkeiten gibt es viele: Das zeigt die aktuelle VCI-Auflistung zum Thema.

Klimaschutz ist so wichtig, dass er in unterschiedlichen Abteilungen der Chemieunternehmen eine Rolle spielt. Deshalb beschäftigt sich auch die Logistik mit dem Thema. Ideen und mögliche Maßnahmen beziehen sich nicht nur auf die physische Beförderung, sondern umfassen auch konzeptionelle Änderungen logistischer Prozesse bis hin zur Nutzung technischer Innovationen. Eine Sammlung dessen, was bereits heute gängige Praxis ist, zeigt das Papier „Klimaschutz – Beiträge der Logistik (Chemieverlader)/Maßnahmen zur Reduzierung von Emissionen“, das der VCI jetzt aktualisiert hat.

Viele Chemieunternehmen überprüfen regelmäßig, wie die Logistikstrukturen verbessert und damit Beiträge zum Klimaschutz geleistet werden können. Eine mögliche Maßnahme kann beispielsweise die Entwicklung eines Vorladekonzeptes für bestimmte Produkte sein. Damit können Unternehmen

Durchlaufzeiten verringern und gleichzeitig Transporte von der Straße auf die Schiene verlagern. Darüber hinaus gibt es Projekte, die gemeinsam mit Speditionen realisiert werden und die zum Beispiel zu einer besseren Auslastung und einer Vermeidung von Leerfahrten im Straßengüterverkehr führen.

Auch eine digitale Unterstützung führt zum Ziel: Beispielsweise kann durch den Einsatz von Telematik und IT-Systemen eine höhere Auslastung von mobilen Tanks wie Tankcontainern, Kesselwagen und Tankzügen erreicht werden, indem die optimalen Zuladegewichte implementiert und mit den Bestellgrößen der Kunden abgestimmt werden. Weiterhin analysieren viele Betriebe regelmäßig die Frachtraumauslastung.

TRANSPORTGEWICHT VERRINGERN

Zusätzlich suchen die Chemieunternehmen nach Möglichkeiten, die Lieferkette zu optimieren. Dabei stellen sich Fragen wie: Können Vortransporte zu den Seehäfen mit Binnenschiffen und der Eisenbahn durchgeführt werden? Oder: Was kann getan werden, um den Bedarf an Leercontainern zu reduzieren? Durch die Verbesserung von Verpackungsmöglichkeiten lässt sich das

Transportgewicht verringern. Neuartige und gewichtsoptimierte Tankcontainer im Bahnverkehr und im werksinternen Verkehr können ebenfalls ein Beitrag zur Emissionsreduzierung sein.

Für den innerbetrieblichen Transport nutzen die Unternehmen immer häufiger auch Elektrogabelstapler oder Elektroautos für den Personen- und Kleingüterverkehr. Im internen Schienengütertransport werden neue, energiesparende Hybrid-Lokomotiven eingesetzt. Im Bereich von Lagern, Werkstraßen und Büros werden defekte konventionelle Lampen durch energiesparende LED-Leuchtmittel ersetzt.

Die Liste der Beiträge, welche die Logistik in der chemischen Industrie zur Verbesserung des Klimaschutzes leistet, ist noch deutlich länger. Sie soll gerade für diejenigen, die sich über Verbesserungsmöglichkeiten im eigenen Unternehmen Gedanken machen, als Kompendium dienen und Anregungen zur Umsetzung im eigenen Haus bieten.

Andrea Heid (heid@vci.de)

Service:

Das Papier „Klimaschutz – Beiträge der Logistik“ gibt es auf der VCI-Website: <http://bit.ly/Logistik-Klimaschutz>

„Readiness-Check Chemie 4.0“ von VCI und BAVC

Fit für Digitalisierung und zirkuläre Wirtschaft?

Das Umfeld für die Chemie- und Pharmaindustrie verändert sich rasant. Die digitale Transformation und die Anforderungen einer zirkulären Wirtschaftsweise erfordern Anpassungen. Der „Readiness-Check Chemie 4.0“ hilft, wichtige Veränderungen in diese Richtung einzuleiten.

Wie gut ist Ihr Unternehmen auf die digitale Transformation und die zirkuläre Wirtschaft vorbereitet? Wird der Wandel ausreichend in der Unternehmensstrategie berücksichtigt? Wer in Zukunft weiterhin erfolgreich am Markt agieren will, muss sich diesen Fragen stellen und Veränderungen anstoßen.

Der von BAVC, VCI und Deloitte entwickelte „Readiness-Check Chemie 4.0“ bietet dabei wertvolle Unterstützung und hilft bei der Selbsteinschätzung. Durch die Strukturierung geht kein Aspekt der komplexen Thematik ver-

loren. Schwachstellen werden offen-gelegt und eine Priorisierung entsteht.

SO FUNKTIONIERT DER CHECK

In insgesamt 140 Fragen werden mithilfe eines Excel-Tools die wichtigsten Aspekte von Chemie 4.0 in sieben Themenblöcken betrachtet: „Strategie und Organisation“, „Führung und Kommunikation“, „Datennutzung“, „Geschäfts- und Betriebsprozesse“, „Aus- und Weiterbildung“, „Gesundheit im Betrieb“, „Ressourceneffizienz und zirkuläre Wirtschaft“.

Bei jeder Frage können Unternehmen anhand einer Punkteskala von 1 bis 5 beurteilen, wie gut sie schon auf die Veränderungen vorbereitet sind. Der modulare Aufbau ermöglicht auch die Konzentration auf Einzelthemen.

Das Tool erstellt zum Abschluss einen Kurzreport mit einer ersten Bewertung und einem kompakten Über-

blick zur Dringlichkeit der Maßnahmen in den einzelnen Themenbereichen. Berücksichtigt wird hierbei auch der unternehmerische Schwerpunkt. Denn für Hersteller von Pflanzenschutzmitteln sind andere Maßnahmen relevant als für Lackhersteller.

Christiane Kellermann (kellermann@vci.de)



Service:

Den Check gibt es auf der VCI-Website: unter: <https://bit.ly/vci-readiness-check>

DIE VCI-EINKAUFSKOOPERATIONEN IM ÜBERBLICK

Die Chemie Wirtschaftsförderungs-GmbH bietet aktuell 20 Einkaufskooperationen an. Mitglieder des VCI und seiner Fachverbände können in diesen Bereichen durch die Bündelung von Nachfragemengen Tarifvorteile von teilweise mehr als 30 Prozent

gegenüber den üblichen Einkaufspreisen erzielen. Bei Interesse können Sie sich direkt an Gisa Blach wenden. Sie erreichen sie über Telefon 069 2556-1653 oder per E-Mail an blach@vci.de. Alle Informationen auch online unter www.einkauf.vci.de



- Cyber-Risk-Versicherung
- D&O-Versicherung
- Betriebs- und Geschäftsversicherungen



- Warenkreditversicherungen
- Absicherung politischer Risiken



- Speditionsdienstleistungen
- Luft- und Seefracht



- Paket- und Expressdienstleistungen



- Einkaufsoptimierung und Lieferantenrecherche
- Kfz-Beschaffung



- Mietfahrzeuge



- Strom und Erdgas
- Beleuchtungskonzepte, effiziente Erzeugungsanlagen ...



- Energieeffizienzberatung
- geförderte Mittelstandsberatung



- Direkt-Marketing



- Bürobedarf
- Kaffee und Catering
- persönliche Schutzausrüstung



- Mitarbeitervorteile



- Betriebsausstattung



Die aktuellen Herausforderungen der Chemiebranche: Dieses Bild von Künstler Volker Valerian Motsch entstand auf der VCI-Mitgliederversammlung 2019.

Interview zur neuen VCI-Studie

Erwartungen der Kundenbranchen an die Chemie

Wer als Unternehmer erfolgreich sein will, muss sich auf seine Kunden sowie ihre Erwartungen und Bedürfnisse einstellen. Daher hat der VCI eine qualitative Expertenbefragung von der Unternehmensberatung Santiago erstellen lassen, die die Erwartungen von sechs Kundenbranchen der Chemieindustrie analysiert. Ein Gespräch mit Studienleiter Dr. Georg Wolters.

chemie report: Was haben Sie konkret herausgefunden?

Georg Wolters: In den sechs wichtigsten Kundenbranchen der chemischen Industrie – Transport, Konsumgüter, Ernährung, Elektronik, Wohnungsbau und Energie – vollziehen sich fundamentale Umbrüche. Diese gehen teilweise, wie etwa in der Automobil- und Energiewirtschaft, so weit, dass die Geschäftsmodelle ganzer Industrien infrage gestellt werden. Die Umbrüche werden ausgelöst durch globale Megatrends. Nach Einschätzung der rund 60 Experten, die wir im Rahmen der Studie befragt haben, ist

der dominierende Megatrend der nächsten 10 bis 20 Jahre branchenübergreifend „Ökologie und Nachhaltigkeit“. Auf den weiteren Plätzen folgen die Einhaltung von „ethischen und sozialen Standards“ sowie „Digitalisierung“.

Was verbirgt sich hinter diesen Megatrends?

„Ökologie und Nachhaltigkeit“ beschreiben den Wunsch vieler Menschen nach mehr Natürlichkeit und nach einem besseren Einklang von Natur und Wirtschaft. Hinter diesem Megatrend versammelt sich eine Vielzahl von Themen. Hierzu gehören unter anderem der Schutz des Klimas, ein schonender Umgang mit den globalen Ressourcen sowie eine verstärkte Verwendung natürlicher Rohstoffe und Produktionsverfahren. Die Menschen wollen aber nicht nur besser verstehen, „was“ sie konsumieren. Sie wollen auch besser verstehen, „wie“ die Produkte hergestellt werden. Dieser Anspruch verbirgt sich hinter dem Wunsch nach der Einhaltung von „ethischen und sozialen Standards“.

Wie unterscheiden sich die Sichtweisen der Kundenbranchen?

Die Auswirkungen der Megatrends auf die einzelnen Branchen sind unterschiedlich. So steht etwa die Automobilindustrie vor allem vor der Herausforderung, neue Antriebstechnologien zu entwickeln. Gleichzeitig gilt es, bei der Digitalisierung und Automatisierung des Verkehrs nicht den Anschluss zu verlieren. Die Auswirkungen auf die Automobilhersteller, Zulieferer und Händler werden fundamental sein. Entsprechend groß ist der Veränderungsdruck. Die Ernährungsindustrie steht hingegen vor der Herausforderung, transparenter und natürlicher zu werden. Neben dem eigentlichen Produkt werden auch die aktuell gewählten Verpackungen, ähnlich wie in der Konsumgüterindustrie, durch die Verbraucher zunehmend kritisch bewertet. Die schnelle Entwicklung von Alternativen ist hier gefordert. Eine zentrale Erkenntnis der Studie ist, dass, trotz aller Unterschiedlichkeit dieser Entwicklungen in den Branchen, die daraus resultierenden Anforderungen an

ERWARTUNGEN DER KUNDENBRANCHEN AN DIE CHEMIEINDUSTRIE

Eine Studie von SANTIAGO für
den Verband der Chemischen Industrie



Die Studie „Erwartungen der Kundenbranchen an die Chemieindustrie“ gibt es auf der VCI-Website als Lang- und Kurzfassung zum Download:
<http://bit.ly/Studie-Chemiekunden>

10 Anforderungen an die Chemieindustrie

1. „Stärker in Lösungen denken“
2. „Stärker vom Endkunden her denken“
3. „Kreislaufwirtschaft ermöglichen“
4. „Lebenszyklusperspektive etablieren“
5. „Transparenz gewährleisten“
6. „Gefahrstoffe vermeiden“
7. „Ethische und soziale Standards einhalten“
8. „Flexibler produzieren“
9. „Geschäftsmodelle neu denken“
10. „Kommunikation verbessern“

den „Vorlieferanten“ Chemieindustrie sehr ähnlich sind.

Welche Anforderungen sind das?

Um künftig erfolgreich zu bleiben, müsste die chemische Industrie aus Sicht der Kundenbranchen zehn zentrale Anforderungen erfüllen. Diese umfassen alle Bereiche der Branche und ihrer Unternehmen. Die Anforderungen reichen von neuen Geschäftsmodellen über flexiblere Produktionsanlagen und die Vermeidung von Gefahrstoffen bis hin zur Offenlegung von Rezepturen. Sie könnten so die gesamte DNA der Chemiebranche verändern.

Welche dieser Anforderungen sind aus Ihrer Sicht besonders wichtig?

Um dauerhaft erfolgreich zu sein, wird man sich mit allen zehn auseinandersetzen müssen. Auf vier möchte ich exemplarisch eingehen:

Der Aufbau einer geschlossenen „Kreislaufwirtschaft“ ist für viele Kundenbranchen ein zentrales Anliegen. Dies umfasst die „technische“ Dimension – von der Sammelinfrastruktur bis zur Aufarbeitungsindustrie – sowie die „chemische“ Dimension der Zusammen-

setzung der Ausgangsmaterialien. Hier wünschen sich die Kundenbranchen einen stärkeren Beitrag der Chemieindustrie.

Außerdem ist „Transparenz gewährleisten“ in vielen endkundennahen Branchen „die“ Kernforderung. Die chemische Industrie liefert heute, was gesetzlich vorgeschrieben ist, zum Beispiel Sicherheitsdatenblätter. Das wird morgen nicht mehr ausreichen. Die Endkunden wollen in immer stärkerem Umfang wissen, „was“ sie konsumieren. Diesen Wunsch müssen die Unternehmen bedienen und fordern von ihren Vorlieferanten die notwendigen Informationen.

Das dritte Thema lautet: „Gefahrstoffe vermeiden“. Es gibt einen branchenübergreifenden Anspruch, Wirtschaft und Natur stärker miteinander in Einklang zu bringen und gesund zu leben. Dieser Wunsch nach mehr Natürlichkeit resultiert in der Anforderung an die Chemieindustrie, Gefahrstoffe möglichst zu vermeiden oder zu substituieren. Schließlich wünschen sich die Kundenbranchen verstärkt Lösungen für ihre individuellen Probleme. Dafür müsste die Chemieindustrie „flexibler produzieren“. Dies wird zu einer differenzierteren Pro-

duktlandschaft führen – mit entsprechenden Auswirkungen auf die Architektur der Produktion. Kleinere, flexiblere Anlagen werden große bestehende Anlagen ergänzen müssen. Mittelständische Strukturen könnten hier teilweise großindustriellen Lösungen überlegen sein. „Numbering-up“ könnte das neue „Scaling-up“ werden.

Was raten Sie den Chemiebetrieben?

Die Chemieindustrie steht in den nächsten Jahren vor erheblichem Anpassungsbedarf. Aus den Megatrends erwachsen neue Anforderungen der Endkunden. Diese üben aktuell auf die Kundenbranchen der chemischen Industrie erheblichen Veränderungsdruck aus. Diesen Veränderungsdruck geben die Kundenindustrien ihrerseits über neue oder gesteigerte Anforderungen an ihre Vorlieferanten weiter. Die Branche hat bereits mit dem Umbau begonnen. Die Ergebnisse der Interviews zeigen aber, dass noch ein gutes Stück des Weges vor den Chemieunternehmen liegt. Eile ist geboten, um das Feld nicht Wettbewerbern aus dem Ausland zu überlassen.

Die Fragen stellte Oliver Claas.

„Jugend forscht“ Preisträger treffen Chemie

Begeisterung pur

Zum ersten Mal hat der VCI mit Mitgliedsunternehmen die Preisträger im Fach Chemie des Bundeswettbewerbs „Jugend forscht“ eingeladen, einen Blick hinter die Werkstüre zu werfen. Die jungen Forscher waren durchweg begeistert.

Wie funktioniert Color-Waschmittel, wodurch hält Haargel im Haar, wie können Plastikabfälle aufgearbeitet werden und wie kann eine Karriere in einem großen Chemieunternehmen verlaufen? Diese und weitere Themen konnten junge Forscher Mitte September bei der BASF in Ludwigshafen und Clariant in Frankfurt in Vorträgen und beim Networking mit Chemikern besprechen.

Zu diesem Zweck hatte der VCI gemeinsam mit Mitgliedsunternehmen erstmals die Preisträger des Bundeswettbewerbs „Jugend forscht“ im Fach Chemie zu einem Preisträgertreffen eingeladen. Zehn junge Forscher kamen daraufhin zur BASF, um in Fachvorträgen und bei der Werksbesichti-



Zehn Preisträger im Fach Chemie des renommierten Wettbewerbs „Jugend forscht“ erlebten spannende Tage bei zwei VCI-Mitgliedsunternehmen.

gung Interessantes über die Arbeitsgebiete des Unternehmens zu erfahren. Beim Mittagslunch und beim Abendessen standen Gespräche rund um den Arbeitsalltag eines Chemikers auf dem Programm.

SPANNENDE VORTRÄGE

Am nächsten Tag ging es bei Clariant im Frankfurter Industriepark Höchst ebenso spannend weiter. Nach einem Überblick über die Unternehmensphilosophie und die Geschäftsbereiche berichteten junge Wissenschaftler, die teils selbst noch in der Ausbildung sind,

über ihre Arbeitsbereiche und ihr aktuelles Projekt. Ergänzend schilderten sie auch ihren Werdegang bei dem Spezial-Chemikalienhersteller. Danach folgte ein Rundgang durch das Clariant Innovation Center sowie verschiedene Labore.

Bei der abschließenden Werksrundfahrt durch den Industriepark Höchst erfuhren die Jungforscher viele Details zur Geschichte und den Besonderheiten des Industrieparks. Das Fazit eines begeisterten Schülers: „Von vorne bis hinten gut durchgeplant und sehr überwältigende und schöne Eindrücke.“

Verena Weidmann (weidmann@vci.de)

Chemical Week in Brüssel

Chemieindustrie machte auf sich aufmerksam

Innovationen aus der Chemie machen den Alltag der Menschen besser und nachhaltiger. Diese Botschaft vermittelten die Chemieverbände aus Europa den Mitgliedern des Europäischen Parlaments im Rahmen der „Chemical Week“ Mitte Oktober 2019.

Den Gesamtauftritt hat der europäische Dachverband Cefic organisiert. 14 nationale Chemieverbände trugen mit eigenen Veranstaltungen zu einer gelungenen Aktionswoche bei. Teil der Chemical Week war eine Ausstellung im Foyer des Europäischen Parlaments. Sie zeigte, dass Chemieprodukte aus dem Alltag nicht wegzudenken sind und einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Zukunft leisten (siehe Foto).

VCI BETEILIGTE SICH

Mit einem Spitzentreffen beteiligte sich auch der VCI an der Chemical Week. Präsidiumsmitglieder des Verbandes diskutierten bei einem Frühstück mit wesentlichen Entscheidungsträgern unter den deutschen Europaabgeordneten. Zu den Themen gehörten vor allem das EU-Ziel der Treibhausgasneutralität 2050 sowie die Zukunft der zirkulären Wirtschaft. Auch die Umsetzung des Chemikalienrechts sowie mögliche Inhalte einer modernen europäischen Industriepolitik wurden besprochen.

Von politischer Seite gab es viel Lob für die neue VCI-Studie, die untersucht, wie die chemische Industrie bis 2050 treibhausgasneutral werden kann (siehe *chemie report* 10/2019). Sie wurde als progressiver Ansatz wahrgenommen.



Ein Beispiel, wie die Chemie den Alltag nachhaltiger macht: Matratzen aus abgeschiedenem CO₂.

VCI-Präsident Hans Van Bylen freute sich über den guten Dialog. Er betonte, dass es wichtig sein wird, die gesellschaftliche Akzeptanz für Auswirkungen und Kosten der Klimaschutzziele zu sichern. *udj*

Gene-Editing

Wirtschaft fordert erneut anderes Gentechnikrecht

In einem offenen Brief haben 23 Wirtschaftsverbände die deutsche Politik erneut aufgefordert, das veraltete EU-Gentechnikrecht an den Stand der Wissenschaft anzupassen und damit für Rechtssicherheit im Agrarhandel zu sorgen. Mitunterzeichner ist die Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie (DIB).

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in Berlin stellten die Verbände der Agrar- und Ernährungswirtschaft den Brief Ende Oktober zusammen mit Pflanzenzüchtern, Landwirten, Handelsexperten und Wissenschaftlern der Öffentlichkeit vor. Sie erneuerten dabei die Forderung, das veraltete EU-Gentechnikrecht zu aktualisieren und neue Züchtungsmethoden für die größten Herausforderungen unserer Zeit wie Klimawandel und Klimaschutz nutzbar zu machen. Im März hatte sich das Bündnis erstmals mit einem Brief zu Wort gemeldet (siehe chemie report 4/2019).

Auslöser für die beiden Schreiben ist das Urteil des Europäischen Gerichtshofs



Getreide-Saatgut: Um klimabedingte Ernteaufälle zu minimieren, werden widerstandsfähige Sorten gebraucht.

(EuGH) vom 25. Juli 2018. Demnach sind alle mit neuen Züchtungsmethoden (etwa CRISPR/Cas9) erzeugten Pflanzen pauschal als gentechnisch veränderte Organismen (GVO) einzustufen. Ein Jahr nach dem Urteil ziehen große Teile der Pflanzenzüchter, Landwirtschaft und des Agrarhandels eine ernüchternde Bilanz.

Heinrich Böhm von Kartoffelzucht Böhm sagte: „Mit dem Urteilsspruch sind die vielversprechenden Techniken

für unsere vorrangig mittelständisch geprägte Branche für die Produktentwicklung de facto nicht mehr anwendbar.“ Pflanzen, die mithilfe neuer molekularbiologischer Methoden erzeugt wurden, sollten nicht pauschal als GMO eingestuft werden. Zwei Dürresommer hintereinander hätten die Landwirtschaft den Klimawandel spüren lassen.

Um Ernteaufälle zu minimieren, sind zügig widerstandsfähige Sorten gefragt. Die neuen Züchtungsmethoden besitzen das Potenzial, in relativ kurzer Zeit einen Beitrag zur Lösung solcher Herausforderungen zu leisten. Marco Gemballa von der Agrargesellschaft Zinzow sagte: „Unsere Region leidet schon heute unter Klimaextremen. Ohne angepasste Pflanzensorten wird für uns Landwirtschaft immer häufiger zum Lotteriespiel.“

In vielen Ländern außerhalb der EU sind die neuen Züchtungstechniken Alltag. Produkte werden dort nicht als GMO reguliert. Für die Einfuhr nach Europa gilt jedoch eine Genehmigungs- und Kennzeichnungspflicht. Hier stellt sich die Frage nach der Nachvollziehbarkeit und Umsetzbarkeit des EuGH-Urteils. Das Fehlen einer gerichtsfesten Identifizierbarkeit von gezielt erzeugten Punktmutationen stellt Rohstoffhändler und die gesamte Wertschöpfungskette vor große Herausforderungen.

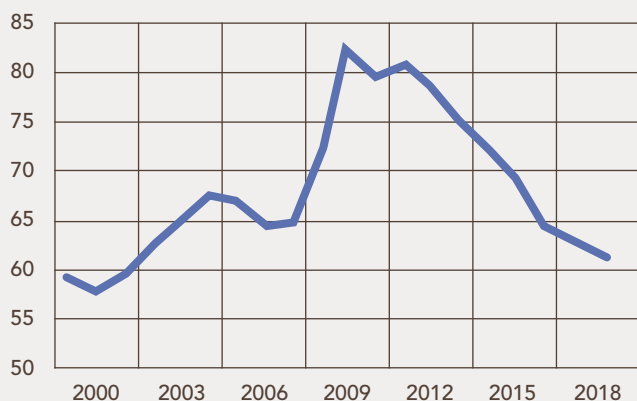
Elina Fecher (elina.fecher@dib.org)

23 Verbände haben den zweiten offenen Brief unterzeichnet:

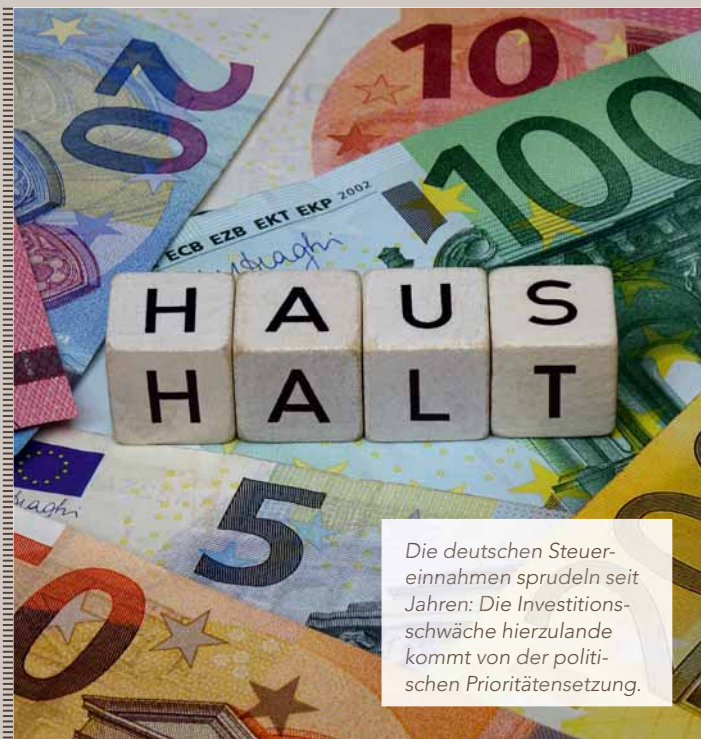
- Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter (BDP)
- Deutscher Bauernverband (DBV)
- Verband der Ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland (OVID)
- Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie (DIB)
- Grain Club
- CIOPORA Deutschland
- Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen (ufop)
- Industrieverband Agrar (IVA)
- Deutscher Verband des Großhandels mit Ölen, Fetten und Ölröhrstoffen (Grofor)
- Deutscher Raiffeisenverband (drv)
- Deutscher Verband Tiernahrung (DVT)
- Biotechnologie-Industrie-Organisation Deutschland (BIO Deutschland)
- Wirtschaftliche Vereinigung Zucker (WVZ)
- Verein der Zuckerindustrie (VdZ)
- Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse (VdG)
- Deutscher Fruchthandelsverband (DFHV)
- Bundesverband der obst-, gemüse- und kartoffelverarbeitenden Industrie (BOGK)
- Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA)
- Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft (BVA)
- Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE)
- Bundesvereinigung der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse (BVEO)
- Union der Deutschen Kartoffelwirtschaft (unika)
- Verband der deutschen Fruchtsaft-Industrie (VdF)

DEUTSCHLANDS SCHULDENBREMSE WIRKT

Schuldenquote in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Erfolgreich: Mithilfe von Schuldenbremse und „schwarzer Null“ wird es im Haushaltsjahr 2019 gelingen, die Staatsschuldenquote wieder unter 60 Prozent des BIP zu senken und die Maastricht-Kriterien wieder einzuhalten. Quelle: Eurostat



VCI, VDMA und ZVEI sind für die Schuldenbremse

Finger weg von neuen Schulden

Bundesanleihen mit negativen Zinsen finden derzeit reißenden Absatz. Was läge also näher, als sich zusätzlich zu verschulden, dafür Geld zu bekommen und mit diesen Mitteln dann den Ausbau der Infrastruktur zu finanzieren? Solche Gedanken finden in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft immer mehr Befürworter. Wäre da nicht die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse und das politische Ziel der „schwarzen Null“.

Die Rufe nach höheren staatlichen Ausgaben, insbesondere für Investitionen, werden in Deutschland lauter, auch wenn die Staatsschulden dafür steigen würden. Begründet werden die Forderungen mit der Notwendigkeit, marode gewordene Infrastruktur modernisieren oder Mittel für den Klima- und Umweltschutz mobilisieren zu müssen. Angesichts von Nullzinsen ließen sich Projekte, von denen auch spätere Generationen profitierten, schnell finden.

Tatsächlich gibt es sichtbare Defizite im Land, besonders bei der analogen wie digitalen Infrastruktur, aber auch bei der Bildung oder der inneren und äußeren Sicherheit. Die Investitionsschwäche kommt aber von der politischen Prioritätensetzung. Die Schuldenbremse kann dafür nicht verantwortlich gemacht werden, da die Steuereinnahmen seit Jahren sprudeln (siehe Titelthema).

WACHSTUM IST TROTZDEM MÖGLICH

Die Schuldenbremse steht Investitionen nicht im Weg! Sie hindert die Politik nicht daran, bestehende Barrieren sowohl für öffentliche als auch private Investitionen abzubauen. Hierzu zählen etwa ineffiziente Netzregulierungen, lange Planungsverfahren, Engpässe bei Planungskapazitäten sowie komplizierte Gerichtswege bei Infrastrukturprojekten. Auch bessere Abschreibungsbedingungen, ein international wettbewerbsfähiges Steuersystem, eine Forcierung der Kapitalmarktunion, mehr Wagnis- und

Risikokapital, weniger Bürokratie und schnellere Genehmigungsverfahren wären allesamt hilfreich, die Investitionsschwäche zu überwinden.

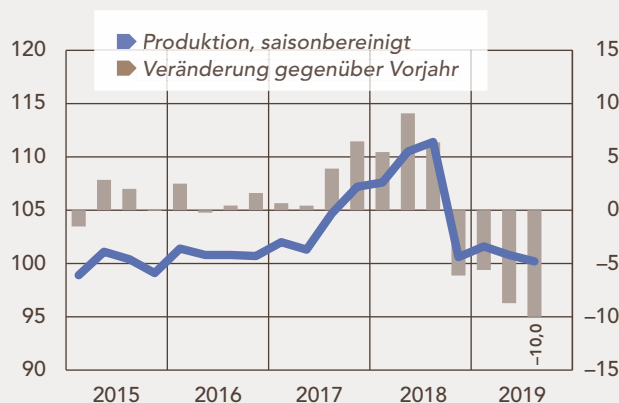
Auch die zur Bewältigung des Strukturwandels erforderlichen Investitionen bedürfen keiner neuen Schulden. Statt einer Aufweichung der Schuldenbremse bieten sich die Um-Priorisierung der Staatsausgaben, die zielgerichtete investive Verwendung von Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung und die Unterstützung der Mobilisierung von privatem Kapital über geeignete Fonds-Lösungen an.

Von den sprudelnden Einnahmen der vergangenen Jahre ist zu wenig für schlechtere Zeiten zurückgelegt oder in die Zukunftssicherung investiert worden. Neue Schulden könnten am Ende auch wieder konsumtiven Verwendungszwecken zugeführt werden. Vor diesem Hintergrund fordern VCI, VDMA und ZVEI gemeinsam: bitte Finger weg von der Schuldenbremse!

Dr. Henrik Meincke (meincke@vci.de)

ENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN CHEMIEPRODUKTION

Inklusive Pharma, saisonbereinigt, Index 2015 = 100, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Gedrosselte Produktion: Der Abwärtstrend in der deutschen chemisch-pharmazeutischen Industrie setzte sich im dritten Quartal fort. Im Vergleich zum Vorquartal sank die Produktion um 0,6 Prozent. Quellen: Destatis, VCI

INDIKATOREN ZUR DEUTSCHEN CHEMIEINDUSTRIE

3. Quartal 2019

	Veränderung in Prozent	
	zum Vorquartal	zum Vorjahr
Produktion	- 0,6	- 10,0
ohne Pharma	- 0,5	- 2,0
Erzeugerpreise	- 0,1	+ 0,7
Umsatz	- 2,4	- 8,2
Umsatz Inland	- 3,0	- 5,6
Umsatz Ausland	- 2,0	- 9,5
Kapazitätsauslastung (in Prozent)	Quartal 2/2019	Quartal 3/2019
Chemie (inkl. Pharma)	83,4	81,7

Service: Den VCI-Quartalsbericht 3/2019 finden Sie auf www.vci.de im Bereich „Die Branche“, Rubrik „Wirtschaftliche Lage“, zum Download. Direktlink: <http://bit.ly/VCIQB32019>
Quellen: Destatis, VCI, ifo-Institut

VCI-Quartalsbericht 3/2019 zur wirtschaftlichen Lage der Branche

Keine Trendwende im Chemiegeschäft

Der Abschwung in der chemisch-pharmazeutischen Industrie hat sich im dritten Quartal 2019 fortgesetzt. Das geht aus dem aktuellen VCI-Quartalsbericht hervor, der Anfang November erschienen ist.

Die Produktion im drittgrößten Industriezweig in Deutschland ist von Juli bis September im Vergleich zum Vorquartal leicht gesunken. Der Branchenumsatz gab deutlich nach, weil auch die Chemikalienpreise zurückgingen. Im Inland verringerte sich die Nachfrage nach Chemieprodukten erneut wegen der anhaltend schwierigen Geschäftslage in der Industrie. Die Automobilbranche und andere chemieintensive Sektoren entwickelten sich schwach. Vom Auslandsgeschäft kamen ebenfalls keine Wachstumsimpulse. Vor allem im Kernmarkt Europa liefen die Verkäufe schlecht. Zusätzlich verringerten sich die Exporte nach Asien.

VCI-Präsident Hans Van Bylen sagte zur Lage der chemisch-pharmazeuti-

schen Industrie: „Die Situation für die Chemie ist aktuell nicht einfach. Unsere Hauptkunden sowohl in der deutschen als auch der europäischen Industrie sehen sich großen Herausforderungen gegenüber. Das spiegelt sich auch in den Entwicklungen sowie den Prognosen wichtiger Abnehmerindustrien wider.“

Prognose: Für 2019 rechnet der VCI weiterhin mit einem Produktionsrückgang in der deutschen Chemie und Pharmaindustrie von 6 Prozent. Bei insgesamt leicht steigenden Chemikalienpreisen (+ 1 Prozent) geht der Branchenumsatz voraussichtlich um 5 Prozent auf rund 193 Milliarden Euro zurück.

Produktion: Die Chemieproduktion ist im dritten Quartal im Vergleich zum Vorquartal um 0,6 Prozent gesunken. Der bekannte Sondereffekt im Pharmabereich führte dazu, dass der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr mit 10 Prozent übermäßig stark ausfiel. Die Kapazitätsauslastung der Branche verringerte sich auf 81,7 Prozent.

Erzeugerpreise: Chemikalien kosteten im dritten Quartal 0,1 Prozent weniger als in den vorangegangenen drei Monaten. Trotzdem waren sie noch 0,7 Prozent teurer als im Vorjahr.

Umsatz: Bei leicht rückläufigen Preisen rutschte der Branchenumsatz von Juli bis September ins Minus. Gegenüber dem Vorquartal betrug der Rückgang 2,4 Prozent und im Vergleich zum Vorjahr 8,2 Prozent. Auch hier machte sich der Pharmaeffekt bemerkbar. Inlands- und Auslandsgeschäft verliefen wegen schwacher Chemienachfrage aus den Kundenindustrien ähnlich enttäuschend.

Beschäftigung: Die Zahl der Arbeitsplätze in der chemisch-pharmazeutischen Industrie ist im dritten Quartal 2019 stabil geblieben. Die Branche beschäftigt weiterhin rund 464.800 Mitarbeiter. Das sind 0,5 Prozent mehr als im Vorjahr. *cta*

Kunststoffmesse „K 2019“

Die richtigen Themen zur richtigen Zeit

3.333 Aussteller aus 63 Nationen sowie weit über 200.000 Besucher haben im Oktober für acht Tage die K in Düsseldorf geprägt. Die Weltleitmesse für Kunststoffe vereinte die ganze Bandbreite der Branche: von den Erzeugern über Maschinenbauer und Verarbeiter bis zu Recyclern. Es wurde deutlich, dass Kunststoff ein innovativer, unverzichtbarer und zukunftsweisender Werkstoff ist, dass es aber auch ein Abfallproblem gibt.

Als Veranstalter der K-Sonderschau „Plastics shape the future“ zogen die Messe Düsseldorf und Plastics Europe Deutschland eine positive Bilanz. Die Veranstaltung griff viele aktuelle Themen auf, etwa „neue Werkstoffe für mehr Ressourceneffizienz“, „inno-



Auf der K2019 ging es um neue Werkstoffe für mehr Ressourceneffizienz, aber auch um Fortschritte beim weltweiten Abfallmanagement.

vative Lösungen für die Mobilität von morgen“, „Ansätze zur Optimierung des Kunststoffrecyclings“ und „Fortschritte beim weltweiten Abfallmanagement“. Damit traf das Programm den Nerv der Zeit und brachte zahlreiche Besucher zu den Podiumsdiskussionen, Vortragsrunden und Präsentationen

in englischer und deutscher Sprache. Diverse gesellschaftliche Akteure beteiligten sich, um den Dialog bei kritischen Themen voranzubringen – sowohl aus der Wissenschaft, der Politik und der Industrie als auch von Umweltschutzorganisationen und Behörden.

Ein Highlight bei der Sonderschau war das FabLab mit Studierenden und Technikütlern aus Lübeck, die täglich an ihrem humanoiden Roboter aus 3-D-Druck-Kunststoff-Filament arbeiteten. Hier sowie mit dem Thementag zu Jugend und Ausbildung wurde gezeigt, wie wichtig der Branche der Austausch mit jungen Menschen, die Unterstützung der MINT-Fächer und die Nachwuchsförderung generell ist.

Sven Weihe (sven.weihe@plasticseurope.de)

Politisches Frühstück von Chemie³ in Berlin

Kunststoffabfälle sind Rohstoff

Durch Plastikabfälle in der Umwelt steht Kunststoff als Symbol der Wegwerfgesellschaft in der Kritik. Wie sich die weltweite Problematik lösen lässt, diskutierten Bundestagsabgeordnete und Experten aus Ministerien Ende Oktober bei einem politischen Frühstück in Berlin. Ein-geladen hatte die Nachhaltigkeitsinitiative Chemie³ unter Schirmherrschaft des Abgeordneten Andreas Lenz, der Vorsitzender des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung ist.

Zum zweiten Mal war Chemie³ zu Gast in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin. Andreas Lenz begrüßte die Gäste zum Thema „Plastik – verwerten, vermeiden, verbieten?“ und betonte die Notwendigkeit, die weitere Verschmutzung durch Abfälle, Mikroplastik und andere Fremdstoffe einzudämmen. Dies unterstrich in seinem Statement auch Rüdiger Baunemann von PlasticsEurope Deutschland.

Auf Kunststoffe komplett zu verzichten oder sie gar zu verbieten, sei aber nicht zielführend. Kunststoffe hätten großes Innovationspotenzial und spielten bei Leichtbau, energieeffizienten Gebäuden oder auch beim Schutz von Lebensmitteln eine wichtige Rolle.

Einig waren sich alle, dass das eigentliche Problem das sorglose Wegwerfen von Plastik in die Umwelt sei. Bei der K 2019, der Leitmesse der Kunststoff- und Kautschukindustrie, seien Recycling und Wiederverwendung deshalb zentrale Themen gewesen, berichtete Rainer Rettig von Covestro. Diesen Prozess treibe sein Unternehmen voran. „Abfall ist der neue Rohstoff“, so Rettig. Covestro habe ein Verfahren entwickelt, das anstelle von Erdöl CO₂ zur Kunststoffherstellung einsetzt. Allerdings betonte er auch, dass nur wiederverwertet werden könne, was auch gesammelt werde. Deshalb arbeite die Industrie mit Partnern in der Entsorgungsbranche zusammen, um Plastikabfälle als Rohstoff besser nutzen zu können.



Die Teilnehmer trafen sich in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft.

Eine Hausaufgabe gaben die Abgeordneten der Branche mit auf den Weg: wichtig sei die Kommunikation. Man müsse über Erfolge bei der Lösung des Plastikmüllproblems berichten.

Die Industrievertreter wiesen darauf hin, dass es nicht einmal in der EU eine einheitliche Definition für die Recyclingqualität von Kunststoffen gebe. Deshalb habe die Branche Normungsaktivitäten bei der International Organization for Standardization (ISO) gestartet, die das Thema in den Blick nehme. *Elena Schad (schad@vci.de)*

Responsible-Care-Wettbewerb 2020

Gefragt ist der nachhaltige Umgang mit Wasser

Zitate und Sprüche zum Wasser gibt es wie Sand am Meer. Vielleicht motiviert diese Vielfalt das eine oder andere Team in VCI-Mitgliedsunternehmen, sich mit einem Wasser-Projekt beim nächsten Responsible-Care-Wettbewerb zu beteiligen. Der steht 2020 unter dem Motto: „Nachhaltiger Umgang mit Wasser“.

Nahezu jedes Chemieunternehmen kommt mit Wasser in Berührung: bei der Nutzung für chemische Prozesse, zur Kühlung, bei der Abwasserbehandlung, bei der Vermeidung von Spurenstoffen oder bei Kooperationen mit anderen Wassernutzern. Flüsse und Kanäle dienen als Transportwege, oder Unternehmen müssen sich gegen Hochwasser oder Niedrigwasser schützen, um nur einige Aspekte zu nennen. Thomas Kullick, VCI-Experte für das Thema Wasser: „Über Jahrzehnte wurde die Qualität der Flüsse und Seen in Deutschland deutlich verbessert. Dazu hat auch die chemisch-pharmazeutische Industrie beigetragen. Der Responsible-Care-Wettbewerb zum nachhaltigen Umgang mit Wasser ist eine besondere Gelegenheit, um zu zeigen, welche Vielfalt von Lösungsansätzen ergriffen wird.“

Der Umgang mit Wasser ist ein wichtiger Bestandteil von Responsible Care

(RC). Im jährlichen RC-Bericht sind Mengenangaben zur Nutzung von Wasser veröffentlicht. Danach verwendete die Branche im Jahr 2010 rund 3,4 Milliarden Kubikmeter Wasser, 2017 waren es 3,1 Milliarden Kubikmeter. Etwa 80 Prozent dieser Menge wurden als Kühlwasser eingesetzt.

Die produktspezifische Wassernutzung ist von 1995 (Index) bis 2014 deutlich reduziert worden, und zwar um rund ein Drittel. In mehr als 25 Jahren RC in Deutschland sind die Einleitungen in Flüsse extrem zurückgegangen.

DEBATTEN ÜBER WASSERNUTZUNG

Obwohl sich der chemische Zustand der Oberflächengewässer durch eine erhebliche Verringerung des Eintrages von Schwermetallen und organischen Stoffen wie Tensiden und Phosphat deutlich verbessert hat, wird seit einiger Zeit intensiv über sogenannte Spurenstoffe in Gewässern und die damit gegebenenfalls verbundenen Risiken diskutiert. Hinzu kommt: Der Klimawandel und die heißen, trockenen Sommer haben die Diskussion in Deutschland über die Nutzung der kostbaren Ressource Wasser in den vergangenen Jahren verändert.

In den internationalen Debatten über Wasser sind ebenfalls neue

Gesichtspunkte hinzugekommen: Wasserverbrauch, chemischer Zustand, Keime (Hygieneparameter), Wassermenge und -qualität sowie die Nutzung stehen auf der Agenda von global tätigen Organisationen oder Nichtregierungsorganisationen. Auch die EU-Kommission möchte die Wassernutzung stärker in den Blick nehmen. Das alles sind gute Gründe für Chemieunternehmen, sich mit dem nachhaltigen Umgang mit Wasser zu befassen.

WETTBEWERB STARTET ANFANG 2020

Der Responsible-Care-Wettbewerb beginnt wieder Anfang des nächsten Jahres bei den VCI-Landesverbänden. Beteiligen können sich alle Mitgliedsunternehmen des VCI. Die Sieger auf Landesebene nehmen automatisch am Bundeswettbewerb teil. Sie werden auf der VCI-Mitgliederversammlung am 24. September 2020 in Düsseldorf geehrt.

Hans F. Daniel (daniel@vci.de)

Service:

Die Projekte der Bundessieger werden verfilmt und veröffentlicht auf: www.youtube.com/chemieverband



Was tun Chemieunternehmen für einen nachhaltigen Umgang mit Wasser? Das ist Thema des Responsible-Care-Wettbewerbs im kommenden Jahr.

Artikelserie Bürokratieabbau



Bürokratieabbau ist dringend notwendig. Daher ist das im November 2019 verabschiedete Bürokratieentlastungsgesetz III (BEG III) eigentlich zu begrüßen. Leider bleibt es aber in Umfang und Inhalt weit hinter den Erwartungen und Notwendigkeiten zurück.

„Der Berg kreite und gebar eine Maus...“, kommentierte die Bundestagsabgeordnete Claudia Mller (Bündnis 90/Die Grünen) im Oktober 2019 bei einer Bundestagsdebatte das Bürokratieentlastungsgesetz III (BEG III) treffend. Nachdem die Bundesregierung mehr als ein Jahr lang Wirtschaft, Bürger und Verwaltung vertröstet hatte, wurde Hals

Teil 8: Bürokratieentlastungsgesetz III

Kein großer Wurf

ber Kopf ein Gesetz verabschiedet, das man nur als Enttäuschung bezeichnen kann. Für VCI-Hauptgeschäftsführer Große Entrup sind direkt weitere Entlastungen erforderlich: „Die Konjunkturaussichten sind derzeit trübe. Eines der einfachsten Gegenmittel wäre eine deutliche Entschlackung bürokratischer Prozesse. Das kostet nichts, bringt aber viel. Die dadurch entfachte Dynamik hilft besonders dem Mittelstand. Aber auch der Investitionsstau im Klimaschutz würde angepackt. Ein klarer Fall einer Win-win-Situation.“

Dennoch verkündete Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, dass das BEG III mit einer jährlichen Entlastung von circa 1,2 Milliarden Euro ein wichtiges Signal gerade für kleine und mittlere Unternehmen sei. Dabei vollzieht es teilweise lediglich Entwicklungen, die sich durch die Digitalisierung sowieso ergeben. Oder es schafft Erleichterungen bei Bemessungsgrenzen, die wenig mehr als die Inflationsrate ausgleichen.

Das Gros der Entlastung entfällt auf vier Maßnahmen, die teilweise erst ab 2022 in Kraft treten: die Einführung der elektronischen Arbeitsunfhigkeitsmeldung, die Erleichterungen bei der Vorhaltung von Datenverarbeitungssys-

temen für steuerliche Zwecke, die Option eines digitalen Meldescheins im Beherbergungsgewerbe und die Entlastung der Gründer von der Pflicht zur monatlichen Umsatzsteuervoranmeldung. Darüber hinaus enthält das Gesetz Einzelmaßnahmen in den Bereichen Steuern sowie Arbeit und Soziales.

VERBÄNDEANHÖRUNG ZU KURZ

Die von der Industrie im Frühsommer 2018 eingereichten Vorschläge zum Bürokratieabbau sucht man im BEG III großteils vergeblich. Parteitaktische Spielchen innerhalb der Großen Koalition haben verhindert, dass es auch Entlastungen in den Bereichen Verkehr, Forschung und Entwicklung, Umwelt und Energie gab.

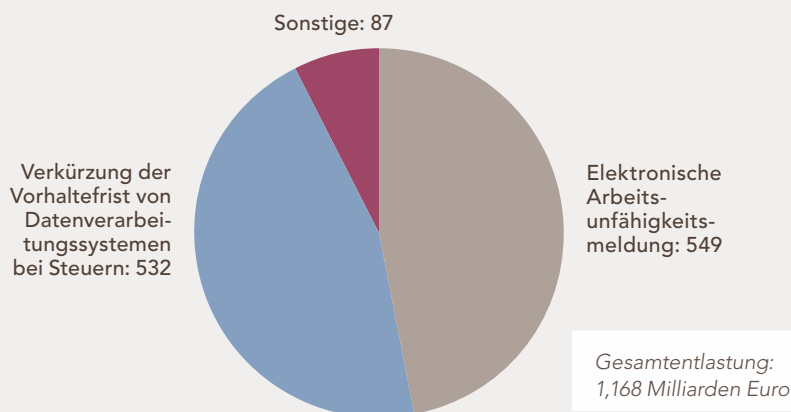
Die bessere Einbindung der Betroffenen bei der Entstehung von Gesetzen wurde mit dem BEG III ad absurdum geführt. Eine Stellungnahmefrist von drei Tagen ist unzureichend (siehe auch Seite 7 in diesem Heft). Außerdem war der Gesetzesentwurf innerhalb der Bundesregierung nicht abgestimmt, sodass jegliche Stellungnahmen sowieso ins Leere zu laufen drohten.

Es bleibt die Hoffnung auf schnelle Besserung: Aus Bundestag und Bundesrat kam bereits die Forderung nach zügiger Erarbeitung weiterer Entlastungsvorschläge. Schwerpunkte für ein BEG IV sollen die Reduzierung der Bürokratie- und Regulierungslasten für Gründer in der Start- und Wachstumsphase sowie die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für private Bau- und Infrastrukturmaßnahmen sein. Aus Sicht der Verbände bleibt zu hoffen, dass die Kritik an Inhalt und Verfahren dann beherzigt wird.

Angelika Becker (becker@vci.de); udj

ENTLASTUNG VON BÜROKRATIE VOR ALLEM BEI ZWEI THEMEN

Jährliche Entlastung durch das BEG III für die Wirtschaft in Millionen Euro



Quelle: Bundesregierung

Aufruf:

Haben Sie Ideen/Beispiele oder Fragen zum Bürokratieabbau? Dann schreiben Sie bitte der Autorin.

KURZNACHRICHTEN

Aktualisiertes VCI-Hintergrundpapier zur Datenteilung bei Registrierungen

Übergangszeiten für Stoffregistrierungen unter REACH sind spätestens mit der letzten Registrierungsfrist am 31. Mai 2018 zu Ende gegangen. Das aktualisierte VCI-Hintergrundpapier gibt einen Überblick darüber, welche Vorgaben für gemeinsame Registrierungen desselben Stoffs und die Datenteilung nach dem Ablauf dieser Frist und dem Erlass einer Durchführungsvorschrift der EU-Kommission, die Phase-in-Stoffe betrifft, gelten. Mit der Durchführungsverordnung (EU) 2019/1692 vom 9. Oktober 2019 hat die EU-Kommission den 31. Dezember 2019 als Stichtag festgelegt, ab dem einige in REACH festgelegte Bedingungen für Phase-in-Stoffe nicht mehr gelten.

Service: Das Hintergrundpapier gibt es für Mitglieder auf der VCI-Serviceplattform „REACH und CLP“ zum Download (Log-in erforderlich): <http://bit.ly/Datenteilung-REACH>

Digitalisierung bei kleinen und mittleren Unternehmen unverzichtbar

Europäische KMU müssen weiter in die Digitalisierung investieren, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Gleichzeitig sehen sich die Betriebe mit zahlreichen Hindernissen konfrontiert. Das ist das Ergebnis einer europäischen Unternehmensbefragung, die verschiedene nationale Förderbanken Anfang November in Brüssel vorgestellt haben. Demnach sind durchschnittlich rund 54 Prozent der KMU in Frankreich, Deutschland, Polen, Spanien und Großbritannien überzeugt, dass die Einführung neuer Technologien zur Erhaltung ihrer künftigen Wettbewerbsfähigkeit unerlässlich ist. Für etwa 76 Prozent der KMU hat die Digitalisierung strategische Priorität.

Europäische KMU nutzen dabei auch schon heute viele digitale Anwendungen. Das reicht vom E-Commerce über Cloud Computing bis zu Social Media. Am weitesten verbreitet ist elektronische Rechnungsstellung, die von etwa 60 Prozent aller KMU genutzt wird. Fortschrittlichere Technologien sind bislang weniger verbreitet, dürften jedoch an Bedeutung gewinnen. 32 Prozent der europäischen KMU analysieren große Datenmengen (Big Data) zur Optimierung ihrer Arbeitsprozesse, und 20 Prozent nutzen künstliche Intelligenz. 30 Prozent der Unternehmen planen, entsprechende Anwendungen in den nächsten beiden Jahren einzuführen. Laut der Studie müssen vor allem Hemmnisse bei IT-Sicherheit und digitaler Infrastruktur beseitigt werden, damit die Digitalisierung noch weiter voranschreiten kann. ■

Compliance im Mittelstand

Entschärfung des Steuerrechts nötig

Artikelserie Teil 39:**Korrekturen zulassen!**

Mit der Verschärfung der Anforderungen an eine strafbefreiende Selbstanzeige im Steuerrecht wurde 2015 als Nebeneffekt ein Problem für Unternehmen geboren. Zuvor konnten bloße Arbeitsfehler bei laufenden monatlichen Meldungen, wie in der Umsatz- und Lohnsteuer üblich, problemlos korrigiert werden. Seit der Verschärfung geraten Unternehmen aber bei Arbeitsfehlern in Verdacht, Steuerhinterziehung zu begehen.

Wegen der verschärften Anforderungen an eine strafbefreiende Selbstanzeige nach § 371 der Abgabenordnung (AO) ist heute das Gleichgewicht von Berichtigung einer Steuererklärung (§ 153 AO) und Selbstanzeige im Falle von früheren Falschangaben (§ 371 AO) nicht mehr gegeben. Aus diesem Grund wird der Ruf aus der Wirtschaft nach einer Entkriminalisierung im Steuerrecht immer lauter. Die Berichtigung der steuerlichen Erklärung durch das Unternehmen erfüllt nicht mehr zugleich die Voraussetzungen einer wirksamen strafbefreienden Selbstanzeige, wie es vor der Verschärfung regelmäßig der Fall war. Zugleich sind Betriebsprüfer gemäß § 10 der Betriebsprüfungsordnung (BpO) angehalten, bei Verdacht einer Steuerstraftat oder Ordnungswidrigkeit beim Steuerpflichtigen ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Durch die Unsicherheit, ob noch bloß ein „Arbeitsfehler“ vorliegt, der korrigierbar ist oder nicht, neigen Betriebsprüfer wegen der Verwaltungsanweisung immer mehr dazu, bei entdeckten Fehlern der Steuerabteilung des Unternehmens die Sache bei der Steuerstrafstelle anzuzeigen. Dies führt zu einer schlechten Arbeitsatmosphäre zwischen Finanzverwaltung und Unternehmen. Es belastet außerdem den Ablauf der Betriebsprüfung und führt auch zu unnötigen Verzögerungen, die weder im Interesse der einen noch der anderen Seite liegen.

Die Lösung des Problems könnte so aussehen, dass die Pflicht der Unternehmen, korrigieren zu müssen, künftig nicht auf Seiten der Betriebsprüfer zur Anzeigepflicht führt. § 10 BpO muss insofern angepasst werden, dass typische Arbeitsfehler beim Steuerpflichtigen von der Meldepflicht ausgenommen werden. Der VCI hat sich daher zusammen mit anderen Verbänden in gemeinsamen Schreiben an die Länderfinanzministerien gegen die vorschnelle Kriminalisierung eingesetzt und wirkt konstruktiv an der Erarbeitung einer Lösung mit. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe widmet sich aktuell dem Thema Beschleunigung der Betriebsprüfung, wo auch die Problematik der zunehmenden Kriminalisierung aufgegriffen und nach einer praktikablen Lösung gesucht wird. *Chin Chin King (king@vci.de)*

Informationen anfordern

Weitere Informationen zu den Berichten in diesem „chemie report“ und eigene Broschüren zu wichtigen Themen der Branche stellt der VCI seinen Lesern kostenlos zur Verfügung. Folgen Sie dazu bitte den Internet-Links unter den Artikeln.

VCI-Dokumente können Sie bei Bedarf auch bei uns anfordern: Verband der Chemischen Industrie e. V., Leserservice chemie report 11/2019, E-Mail: chemiereport@vci.de oder Telefax: +49 69 2556-1613.

Folgen Sie dem VCI!

Ob per Newsletter oder Social Media – der VCI hält Sie über wichtige Entwicklungen rund um die Branche auf dem Laufenden. VCI-Mitglieder können aus einem ganzen Set an Newslettern wählen. Zur Übersicht (Log-in erforderlich): www.vci.de/newsletter. Für den Zugang zum Mitgliederbereich von VCI-Online registrieren Sie sich bei Bedarf bitte hier:

www.vci.de/registrierung.

Oder tauschen Sie sich mit uns auf Twitter, Facebook, Xing, LinkedIn, Google+ oder YouTube aus – wir freuen uns auf den Dialog mit Ihnen: www.vci.de/socialmedia



TERMINE DES VCI

DATUM	EREIGNIS	ORT
27.11.2019	Konferenz: Irrweg oder Chance? Der BMJV-Gesetzentwurf zu Verbandssanktionen	Berlin
28.11.2019	Große Informationsveranstaltung zu REACH und CLP	Frankfurt am Main
03.12.2019	Jahrespressekonferenz 2019	Frankfurt am Main
12.03.2020	Veröffentlichung des VCI-Quartalsberichts 4/2019	Frankfurt am Main
13.05.2020	Veröffentlichung des VCI-Quartalsberichts 1/2020	Frankfurt am Main
03.09.2020	Veröffentlichung des VCI-Quartalsberichts 2/2020	Frankfurt am Main
11.11.2020	Veröffentlichung des VCI-Quartalsberichts 3/2020	Frankfurt am Main

Impressum chemie report Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e. V., Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt am Main, Telefon: 069 2556-0, Telefax: 069 2556-1471, E-Mail: dialog@vci.de, Internet: www.vci.de, ISSN: 1436-1736 **Redaktionsschluss** 21.11.2019 **Auflage** 6.500 Exemplare **Verantwortlich** Manfred Ritz (mr) **Redaktion** Oliver Claas (cla, Leitung), Jürgen Udvari (udj), Torsten Kiesner (tk), Monika von Zedlitz (mvz) **Layout** Susanna Koch **Leserservice** E-Mail: chemiereport@vci.de, Telefon: 069 2556-1496, Telefax: 069 2556-1613 **Klimaneutraler Druck** auf Papier aus nachhaltiger Waldwirtschaft, druckpartner, Essen **Fotos** Wolfiler/stock.adobe.com (1), dpa (2), Henkel (3 oben), MQ-Illustrations/stock.adobe.com (3 unten), AP/Photo (4), Paulista/stock.adobe.com (5), malp/stock.adobe.com (6), dpa (7 oben), digitalstock/Fotolia.com (7 unten), Hans F. Daniel (8), Kir Smyslov/stock.adobe.com (9), Volker Valerian Motsch (10), BASF (12 oben), Cefic (12 unten), dpa (13), dpa Zentralbild (14), PlasticsEurope (16 oben), Chemie³ (16 unten), Hans F. Daniel (17), Eisenhans/Fotolia.com (18), fotogestoeber/stock.adobe.com (19), niroworld/stock.adobe.com (20) **Grafiken** Christiane Kellermann (15), Susanna Koch (2, 14, 18)

Politische Top-Themen im VCI*

- Klimaschutzgesetzgebung
- Innovationsanreize für Chemie und Pharma
- Industriepolitik
- Agrar und Biodiversität
- Steuerliche Wettbewerbsfähigkeit
- Digitalisierung

* Die Liste enthält die Themen, die das Präsidium des VCI aus den von den Ausschüssen priorisierten Themen als Top-Themen identifiziert hat. Sie stehen 2019 und 2020 im Vordergrund der politischen und kommunikativen Arbeit des Verbandes der Chemischen Industrie. Die Dokumente zu diesen und weiteren Branchenthemen finden Sie auf der VCI-Website zum Download: <https://www.vci.de/top-themen>